

Ressort: Politik

EU-Kommission: Wohlhabende Staaten müssen solidarischer sein

Brüssel, 30.06.2013, 01:00 Uhr

GDN - Angesichts der dramatisch hohen Jugendarbeitslosigkeit in Teilen der Europäischen Union ruft die EU-Kommission Unternehmen und Bürger in wohlhabenderen Mitgliedstaaten zur Solidarität auf. "Europa hilft, aber was können Bürger und Unternehmen tun, um Europa zu helfen?", sagte Vizepräsidentin Viviane Reding der "Welt am Sonntag".

"Wäre es nicht denkbar, dass Europäer in den Staaten, denen es wirtschaftlich besser geht, eine Solidaritätspatenschaft für junge Arbeitslose in den wirtschaftlich angeschlagenen Staaten übernehmen?" Das könne so aussehen, "dass man junge Arbeitslose bei Praktika, Sprachkursen oder anderen Fortbildungen im EU-Ausland unterstützt", sagte die EU-Kommissarin aus Luxemburg. Dies sei kein Almosen, sondern für Firmen eine Investition in die Zukunft. "Ein solches solidarische Engagement kann sich für Unternehmer lohnen. Das sind keine Kosten, sondern wertvolle Investitionen, die angesichts sinkender Geburtenraten und wachsenden Fachkräftemangels Europa aus der Krise helfen können." Der deutsche EU-Kommissar Günther Oettinger forderte die deutsche Wirtschaft ebenfalls zum Handeln auf. Sie solle mithelfen, das Erfolgsmodell der dualen Berufsausbildung im Betrieb und in der Berufsschule auch in anderen Ländern umzusetzen. "Unser duales Ausbildungssystem mit großer Praxisnähe kann auch für andere europäische Länder ein sinnvoller Weg sein", sagte Oettinger der "Welt am Sonntag" - und nannte konkrete Namen, von denen er sich Engagement erwartet. "Gerade deutsche Unternehmen, die in vielen europäischen Mitgliedsländern vertreten sind wie VW, Daimler, Siemens, BASF, Bayer und andere, können mit ihren Produktionsstätten vorangehen." Der EU-Gipfel hatte am Freitag eine "Jugendgarantie" beschlossen, die junge Europäer schneller in Arbeit bringen soll. Reding lobte den Beschluss, der am 3. Juli auf einer Konferenz der EU-Arbeitsminister in Berlin mit Leben gefüllt werden soll. "Wichtig ist jetzt, dass die Regierungen uns jetzt zügig konkrete Vorschläge unterbreiten", forderte Reding. "Arbeitslosigkeit ist die größte Sorge der Bürger: EU-weit gilt das für jeden Zweiten. Deshalb muss der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit die oberste Priorität Europas sein", sagte die Vizepräsidentin der Kommission der "Welt am Sonntag".

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-16817/eu-kommission-wohlhabende-staaten-muessen-solidarischer-sein.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org
info@gna24.com

www.gna24.com